

Währungsreform: die Spaltung Deutschlands. Rede am 22. Juni 1948 im Badischen Landtag

(S. 13) Abgeordnete,

Wir begrüßen es, daß der Landtagspräsident diese außerordentliche Tagung angesetzt hat, um eine Aussprache der Abgeordneten über die am 18.6. proklamierte Währungsreform und ihre Folgen zu ermöglichen. Es ist notwendig, der Unsicherheit, Unruhe und Bestürzung weiter Kreise der Bevölkerung durch eine klare Stellungnahme des Landtags zu begegnen.

Die für die Westzonen separat durchgeführte Währungsreform ist die erste Etappe der durch ihre Annahme in den sechs Ländern der Westunion zu Beschlüssen erhobenen Empfehlungen der Londoner Konferenz. Die Beschlüsse verfolgen das Ziel, einen westdeutschen Staat zu schaffen mit einer deutschen Separatregierung in Frankfurt und einem nicht aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlament. Sie liefern das industrielle Zentralgebiet Deutschlands, die Ruhr, an eine internationale Kontrollbehörde aus, wodurch es der Verfügungsgewalt des deutschen Volkes auf unabsehbare Zeit entzogen werden soll. Nach Zeitungsnachrichten soll außerdem in London beschlossen worden sein, daß die Besetzung Deutschlands durch die westlichen Alliierten bis 1973 dauern soll. Im Kommuniqué selbst ist von vielen Jahren Besetzungszeit die Rede. Die Aufspaltung und Knebelung Deutschlands ist von den Westmächten lange vorbereitet, sie steht im direkten Widerspruch zu dem Vertrag von Jalta, zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. In Jalta erklärten die Alliierten es damals für ihre heilige Pflicht, die Einheitlichkeit der Zielsetzung ihres Vorgehens auch nach Beendigung des Krieges aufrechtzuerhalten und zu stärken. In den Potsdamer Beschlüssen vom 26.7.1945 wurden von ihnen diese einheitlichen Zielsetzungen umrissen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung; Demokratisierung, Dezentralisierung der Wirtschaft, Ausschaltung der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer monopolistischer Verbände. In Potsdam wurde vor drei Jahren beschlossen, vorläufig zwar eine zentrale deutsche Regierung noch nicht zu errichten, aber zentrale Verwaltungsabteilungen unter Staatssekretären für ganz Deutschland einzurichten, vor allem für das Finanzwesen das Transport- und Verkehrswesen, den Außenhandel und die Industrie.

Während der Zeit der Besetzung, so heißt es in diesen Beschlüssen wörtlich, wird Deutschland als ein einheitliches Ganzes betrachtet. Das gilt insbesondere für den Bergbau, die Industrieprodukte, die Landwirtschaft, die Lohn- und Preispolitik, die Lebensmittelzuteilung, die Ein- und Ausfuhr, die Währung, das Bankwesen, die Steuern und Zölle, die Wiedergutmachungsleistungen, das Transport- und Verkehrswesen. Die Überwachung des deutschen Wirtschaftslebens durch die Alliierten wird sich, so heißt es in den Potsdamer Festlegungen, im Rahmen des unbe-

dingt Notwendigen halten. Die Präambel aber des Dokuments schließt mit dem Satz:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Es ist die Absicht der Alliierten, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, sein Leben auf demokratischer und friedlicher Grundlage aufzubauen. Wenn sich seine Anstrengungen entschlossen darnach richten, wird es ihm möglich sein, seinen Platz inmitten der freien und friedlichen Völker der Welt einzunehmen.“

Seit der Proklamation dieser Beschlüsse von Potsdam (Abg. Dr. Haas: Haben wir allerhand erlebt!) – wir werden gleich hören, was wir erlebt haben –, die für die Alliierten rechtlich und moralisch genauso verpflichtend sind, wie es die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 für uns Deutsche ist, sind drei Jahre vergangen. Die in Jalta feierlich verkündete Einheitlichkeit der Zielsetzung der Alliierten ist zerbrochen. Der Kontrollrat als oberstes Regierungsorgan der Besatzungsmächte arbeitet nicht mehr (Zuruf: Dank dem Russen!). Die zentralen Verwaltungsstellen für ganz Deutschland wurden nur eingerichtet. Die Schaffung der Bizone und ihre zentrale Verwaltung von Frankfurt aus, die Ergebnislosigkeit der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947, die Sprengung der Londoner Viermächtekonferenz im Dezember 1947, die Einbeziehung der westlichen Zonen Deutschlands in den Marshallplan durch die Unterschriften der Zonenbefehlshaber, der Brüsseler Bündnis-pakt der fünf Staaten der Westunion, die vor kurzem abgeschlossene Sechsmächtekonferenz von London und die am letzten Freitag verkündete Währungsreform für Westdeutschland sind die einzelnen Etappen, die zur Aufteilung Deutschlands, zur Zerreißung unseres Volkes und zu seiner Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital und seinen Verbündeten geführt haben (Zuruf von rechts: Dank der russischen Politik!). Die Bestimmungen des Londoner Diktats, auch die über die Währungsreform, sind ohne Hinzuziehung deutscher Vertreter gemacht worden. Kein verantwortlicher deutscher Politiker wird ihnen darum zustimmen oder zu ihrer Verwirklichung die Hand bieten, auch diejenigen nicht, die im Gegensatz zu den Kommunisten die zur Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft im Westen eingeleitete Marshall-Politik bisher begrüßt und unterstützt haben. Die scharfe Absage an die Londoner Empfehlungen durch die west- und südwestdeutschen Landesvorsitzenden der CDU – von in der Ostzone ganz zu schweigen – vom 10.6. in Königstein unter Vorsitz von Dr. Adenauer beweist, daß es selbst der CDU vor den Konsequenzen ihrer bisherigen Politik einer westdeutschen Lösung und vor der Verantwortung, die sie dafür zu tragen hat, etwas bange wird (Abg. Dichtel: Sie täuschen sich!). Es müßte sein, daß der Wortlaut nicht klar gewählt wurde (Dichtel: Sie lesen nicht richtig!). Das habe ich doch in der Volksschule schon gelernt! Es heißt dort wörtlich:

„Angesichts der Tatsache, daß die Ruhrwirtschaft die Grundlage und das Herz der gesamten deutschen Wirtschaft bildet, würde die Annahme der in London geplanten Regelung die ewige wirtschaftliche Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat fremder Mächte bedeuten. Der Londoner Plan ist nichts anderes als die moderne Form einer Annexion, die dem Sieger die totale wirtschaftliche Macht ausliefert, ohne ihm gleichzeitig die mit einer territorialen Annexion zwangsläufig zusammenhängende politische Verantwortung sichtbar zu übertragen. Das vorgesehene Regiment der internationalen Behörde bedeutet im Rahmen der gesamten europäischen Wirtschaft einen Fremdkörper totalitären Charakters.“

Auch weite Kreise der SPD, deren Vorstand in Hannover sich für den Marshallplan und für eine eindeutige Westorientierung eingesetzt hat, erkennen nach der Veröffentlichung der ersten Maßnahmen zu seiner Durchführung, wohin die Reise geht. Sie protestieren gegen den politischen Kurs ihrer Parteiführung, der die westdeutsche Arbeiterschaft in die größte soziale Not führen muß, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien verhindert und der Wiederaufrichtung der kapitalistischen Machtpositionen im Westen den Weg freigibt. Wenn diese Ablehnung der Londoner Deutschland-Konferenz durch den überwiegenden Teil der CDU und der SPD ehrlich ist – die demokratische Partei scheidet als eindeutige Vertretergruppe der kapitalistischen Rekonstruktionsabsichten von vornherein aus – dann müßte es möglich sein, daß der Badische Landtag sich nahezu geschlossen in einer Erklärung gegen die diktatorischen Festlegungen der Londoner Sechsmächtekonferenz wendet, gegen die Schaffung eines westdeutschen Staates, gegen ein separates durch die Landtage ernanntes sogenanntes Westparlament, gegen die separate Westwährung, für die ungeteilte deutsche demokratische Republik, für ein gesamtdeutsches, aus direkten Wahlen hervorgehendes Parlament, für eine deutsche Verfassung, für eine in ganz Deutschland gültige Währungsreform, für die Einleitung von Friedensverhandlungen, für die genaue Begrenzung der zu leistenden und die Anerkennung der bereits geleisteten, Reparationen und den Abzug der Besatzungstruppen. In der Ostzone und im britischen Sektor der Bizone haben über 13 Millionen deutscher Männer und Frauen dieses Begehren unseres Volkes nach seiner Einheit gefordert (Glocke des Präsidenten, Präsident: Ich bitte um eine kleine Abschwächung des rednerischen Überhangs!). Sollten wir nicht in der amerikanischen und französischen Zone, wo das direkte Votum des Volkes verboten war, über die gewählte Volksvertretung unsere Stimme erheben um der Zukunft unseres Volkes willen? Können wir es vor der kommenden Generation, die einmal Rechenschaft von uns fordern wird, verantworten, wenn wir in dieser Schicksal entscheidenden Stunde zu Maßnahmen der west- **(S. 15)** lichen Alliierten schweigen; die Deutschland, als selbständigen Staat auslöschen, seine Westgebiete zum kolonialen Randgebiet des kapitalistischen Westblocks, zu einem Aufmarschgebiet ausländischer Interessengruppen machen und die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören? Die Währungsreform vom 18. Juni 1948 ist der Auftakt zu dieser Entwicklung. Darum

müssen alle westdeutschen Parlamente sich gegen die Durchführung dieser separaten Währung wenden und gleichzeitig konstruktive Vorschläge machen, um ihre katastrophalen Folgen zu verhindern.

Die Geldscheine dieser neuen Deutschen Mark sind in Amerika schon im Jahre 1947 gedruckt und nach Deutschland transportiert worden, sonst könnten sie nicht schon vorgestern verteilt worden sein. Sie lagen schon für die westdeutsche Separatwährung bereit, als die Londoner Viermächtekonferenz im Dezember 1947 stattfand, die von den Amerikanern trotz des offensichtlichen Bemühens der Sowjetunion, in einer gemeinsamen Regelung der Deutschlandfrage zu kommen, gesprengt wurde. Kein Wunder, daß darum auch alle Vorschläge der Sowjetunion im Kontrollrat für eine gesamtdeutsche Währung nicht zum Ziele führten (Abg. Hilbert: Unter kommunistischer Führung!). Diese Deutsche Mark, Sie werden sie alle schon angeschaut haben, ist schon äußerlich nichts anderes als eine minderwertige Ausführung des Dollars, eine Kolonialwährung der Wallstreet für das in Abhängigkeit und Elend dahinsiechende Westdeutschland.

Niemand weiß, wieviel solcher neuen Mark gedruckt wurden. Man spricht von vier Milliarden; es können genauso gut 20 Milliarden sein. Keine deutsche Stelle hat auch nur die geringste Kontrolle über den Umfang der Emission, auch nicht die Bank deutscher Länder in Frankfurt, die heute durch ein besonderes Emissionsgesetz das Recht hat, Zahlungsmittel zu drucken und zu verbreiten. Niemand weiß, ob nicht zu Investitionszwecken besondere Fonds geschaffen wurden, um das ausländische Kapital am deutschen Wiederaufbau auf einfache Weise zu beteiligen.

Niemand weiß, in welcher Höhe und auf welche Weise die alten Geldbestände der Besatzungsmächte nach den Weisungen der Militärregierungen in neue Mark umgewandelt werden sollen nach dem § 23 des Währungsgesetzes Nr. 158.

Niemand weiß, welche Deckung diese Währung hat (Zuruf: Keine!). Gold haben wir keines mehr, und die Produktionskapazität Westdeutschlands, die als Währungsdeckung angegeben wird, ist mehr als bescheiden und absolut unsicher. Woher soll das Vertrauen in die Kaufkraft, in die Stabilität dieser neuen Währung kommen (Zuruf: Durch den Glauben! Abg. Dichtel: Der Glaube versetzt Berge, Herr Kollege Eckert)? Aber nicht eine Währung!

Geradezu verheerend aber wird sich die Tatsache auswirken, daß die neue Deutsche Mark nach den Auskünften der Finanzberater der Herren Generäle Clay und Robertson keinen internationalen freien Wert hat, keine Devisen ist und nicht im Ausland gehandelt werden kann. Es besteht nach dieser Sachverständigen-Auskunft keine Möglichkeit, ihr im Ausland Rückhalt zu geben. Sie ist eine Binnenwährung und ist im Inlandsverkehr von den Besatzungsmächten mit 30 Cents bewertet. Diese schon bei ihrer Geburt mit allen Symptomen einer tödlichen Tuberkulose behaftete Westmark, die von ihren amerikanischen Urhebern „Deutsche

Mark“ genannt wird, gilt nur in den drei westlichen Zonen, sie gilt nicht in der Ostzone, auch nicht in den Westsektoren Berlins, das wirtschaftlich ein Teil der Ostzone ist (Lachen). Das haben Sie wohl noch gar nicht gemerkt (Zuruf von rechts: Die Sowjetunion soll doch ihre Zustimmung geben! Abg. Hilbert: Natürlich!) Ich habe auch nichts anderes von Ihnen erwartet! Damit wäre Deutschland in zwei Teile zerrissen und das deutsche Gebiet jenseits der Elbe für uns zum Ausland geworden, ausgerechnet in einer Zeit, in der man von der Aufhebung der Zollgrenzen zwischen den europäischen Ländern und von einer wirtschaftlichen Koordinierung Gesamteuropas spricht. Es gibt unter uns darum Leute, die in aller Naivität fordern, die Sowjetunion solle ihre Zustimmung dazu geben, die Westwährung auch in dem von ihr besetzten Gebiet anzuerkennen und damit zur gesamtdeutschen Währung zu erheben. Das würde bedeuten, daß die Anfänge zur Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung liquidiert und die volkseigenen Betriebe an die Kapitalisten und Nazis zurückgegeben, die Großgrundbesitzer zurückgerufen werden, deren Land von über einer halben Million Neubauern und ihren Familien bewirtschaftet wird. Das würde bedeuten, daß auch die Ostzone der von Amerika geplanten Kapitalinvestition durch die Annahme des Marshallplanes Tür und Tor öffnet, die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit, die Bauern der Konkurrenz minderwertiger ausländischer Lebensmitteleinfuhren ausgesetzt würden. Die Sparkonten der kleinen Leute würden dann auch in der Ostzone mit einem Federstrich annulliert, die Löhne würden gesenkt, die Preise gesteigert, die Lasten des verlorenen Krieges also den breiten Massen der Werktätigen aufgebürdet werden. Die Sachwert- und Fabrikbesitzer aber würden dann auch in der Ostzone, mit ausländischer Hilfe ihre Machtpositionen wiederaufrichten und jeden Versuch, die sozialistische Neuordnung vorzubereiten, im Keime ersticken. Das nämlich ist die Folge der westdeutschen Währungsreform, und niemand wird glauben, daß die Arbeiter und Angestellten, ja alle fortschrittlichen Schichten in der Ostzone, dazu bereit wären, diesen Irrweg zu gehen. Sie würden mich mit Recht der Schwarzseherei und maßlosen Übertreibung bezichtigen, wenn wir diese Behauptungen nicht zu beweisen imstande wären.

Am Sonntag erhielt jeder Deutsche in der Westzone das sogenannte Kopfgeld – übrigens ein sehr schöner Ausdruck – gegen die Abgabe von 60,- früheren Reichsmark; 40,- Mark an neuem Geld sofort und 20,- Mark zur Einlösung in einem Monat. Das übrige Geld auf Sparkonten und Banken soll nach einem noch nicht bekanntgegebenen Modus zu einem Teil eingewechselt werden. Man spricht von einem Eintauschverhältnis von höchstens 1:10. Bei dieser Einlösung wird das Kopfgeld in Anrechnung gebracht, d. h. von den Restguthaben auf den Sparkonten abgezogen. Wenn also ein Familienvater 2.000,- Reichsmark ersparte und etwa 200,- neue Mark aus seinem Sparkonto erwarten könnte, so wird er, wenn er auch nur zwei Kinder hat, die 4x60,- Mark Kopfgeld = 240,- neue Mark angerechnet erhalten und froh sein müssen, wenn er nicht noch 40,- neue Mark auf der Sparkasse

einzahlen muß, damit sein Konto wieder ausgeglichen werden kann. Ist es darum, zu viel gesagt, daß die Sparkonten der kleinen Leute durch die Westwährung mit einem Federstrich annulliert werden? Wenn jemand 200.000,- Reichsmark auf der Bank hat, wird **(S. 16)** es ihm wenig ausmachen, wenn er, vorausgesetzt, daß sein Familienstand der gleiche ist, 240,- neue Mark von den ihm dann noch zustehenden 20.000,- Mark abzugeben hat, selbst wenn der größte Teil seines Guthabens vorerst eingefroren bleiben sollte.

Ist es darum zu viel gesagt, daß diese Währungsreform so unsozial wie nur möglich ist? Wir sind der Meinung, daß alle Fraktionen des badischen Landtags gegen diese Bestimmung Front machen müßten. Das Kopfgeld darf unter keinen Umständen angerechnet werden bei der Auszahlung der Sparguthaben. Es wäre ein offensichtlicher Betrug an den kleinen Leuten, wenn nicht einmal die 6,- Mark, die die 60,- Reichsmark nach der Umtauschquote 1:10 darstellen würden, angerechnet werden. Die Kommunistische Partei fordert darüber hinaus, daß alle Sparguthaben bis zu 10.000,- Reichsmark 1:1 in neuem Geld ausbezahlt oder gutgeschrieben werden (Zuruf CDU: Agitation!) – interessant, daß Sie das Agitation nennen – und alle darüber hinausgehenden Bar- und Sachvermögen bis zur Durchführung eines Lastenausgleichs als beschlagnahmt gelten. Wir fordern als Übergangshilfe und Härteausgleich die sofortige zusätzliche Auszahlung eines vollen Wochenlohnes bzw. des Viertels eines Monatsgehalts. Es ist selbstverständlich, daß die Renten und Pensionen, die Unterstützungen und Beihilfen in voller Höhe in neuem Geld ausbezahlt werden. Aber selbst, wenn all dies geschähe, wäre die Währungsreform absolut unzulänglich ohne einen gerechten Lastenausgleich. Es ist den deutschen Ländern im Gegensatz zur Währungsreform überlassen, ein Gesetz zur Durchführung des Lastenausgleichs auszuarbeiten. Das bedeutet bei den Hemmungen, die der deutschen Gesetzgebung auferlegt sind, und bei der Bereitwilligkeit der bürgerlichen Mehrheiten unserer Landtage, eingreifende Gesetze zu erlassen, daß dieser Lastenausgleich genauso verschleppt und schließlich unmöglich gemacht werden wird im Westen Deutschlands wie die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Bodenreform und die Entnazifizierung.

Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die sich mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ihre Sachwerte bisher erhalten haben, werden erklären, daß sie ihre Substanz aus wirtschaftlichen Gründen behalten müßten, da sie sonst ihre Betriebe nicht aufrechterhalten können. Und schließlich hätten die Arbeiter und Angestellten selbst die Zeche zu bezahlen, weil sie arbeitslos werden müßten.

Der Badische Landtag muß darum sofort von der Regierung die Vorlage eines Gesetzes verlangen, durch das die Verpflichtung der Bestandsaufnahme aller Sach- und Barvermögen über 10.000,- Mark gefordert wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß auch nach der Währungsreform die Sachwertbesitzer im Genuß ihrer

Vermögen bleiben, die Ausgebombten, Flüchtlinge und Besitzlosen aber dem Nichts gegenüberstehen.

Genauso wichtig wäre es gewesen, gleichzeitig mit der Währungsreform eine neue Steuergesetzgebung zu proklamieren, durch die die hohen Einkommen auf das schärfste herangezogen werden. Wir wissen wohl, daß die umgekehrte Tendenz besteht. Aber die heute bekanntgewordene Genehmigung der Militärregierung zur Erhebung neuer Steuern an die Regierungen der Länder unserer Zone läßt es durchaus zu, nach der Aufhebung der vom Kontrollrat eingeführten Steuern zum Abschöpfen des Geldüberhangs eine Steuergesetzgebung zu praktizieren, die eine schnelle Kapitalbildung ermöglicht.

Wir warnen vor solchen Maßnahmen, die zur steuerlichen Belastung der an und für sich schon durch die Währungsreform am stärksten betroffenen breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger führen müssen. Die Verteidiger der Westwährung behaupten, daß dieser radikale Eingriff der Währungsreform zu einer wirtschaftlichen Gesundung führen würde, weil für ehrliche Arbeit nun wieder ehrliches Geld in Empfang genommen werden kann, weil nun an Stelle der bankrotten Befehls- und Bezugsscheinwirtschaft die gelenkte freie Marktwirtschaft treten könne. Die Warenknappheit werde sofort aufhören, da die Firmen gezwungen seien, ihre gehorteten Waren auf den Markt zu bringen, um ausreichendes Kapital für die Weiterführung des Betriebes, für die Beschaffung von Rohstoffen, die Ergänzung der Produktionsmaterialien, die Auszahlung von Löhnen und Gehältern zu erhalten. Es ist nach unserer Meinung mehr als fraglich ob die gehorteten Waren zum Vorschein kommen werden, weil die Besitzer nicht sicher sind, daß sie für das eingekommene neue Geld auch wirklich neue Waren beschaffen können. Es kann aber sehr leicht geschehen, daß die kleineren und mittleren Betriebe, die nicht besonders kapitalkräftig sind, in Kürze nicht mehr imstande sein werden, auch nur die Löhne und Gehälter zu bezahlen, so daß aus diesem Grunde die Gefahr von Betriebseinschränkungen, Betriebsstillegungen und umfangreichen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten entsteht. Wenn man die grundsätzlichen Erklärungen der Unternehmervverbände und der kapitalistischen Experten – auch unserer westdeutschen Universitätsprofessoren von der volkswirtschaftlichen Fakultät – liest, dann ist die Arbeitslosigkeit geradezu eine Notwendigkeit zum wirtschaftlichen Gesundungsprozeß, ganz im Sinne der amerikanischen Seniorpartner. In einer Erklärung der National Association of Manufacturers heißt es: „Wir verlangen Freiheit für das Kapital, Freiheit von jeder Regierungseinmischung, Freiheit von Arbeiterorganisationen.“ John F. Fennely erklärte im Auftrag der Investment Association: „Vollbeschäftigung ist unvereinbar mit dem System freier Unternehmerwirtschaft, die das Recht auf eine normale Arbeitslosigkeit einschließt.“ Paul G. Hoffmann, der Präsident des Committees for Economic Development, war noch deutlicher. Er sagte: „Wenn Vollbeschäftigung bedeutet, daß jeder Mann und jede Frau hier in

Europa, die arbeitswillig sind, auch einen Arbeitsplatz haben müssen, dann ist Vollbeschäftigung nicht wünschenswert.“ C. W. Barron schließlich, der Herausgeber des hochkapitalistischen „*Business Magazine*“, verkündet im Auftrage Wallstreets: „Wir werden sicherlich nicht 100 Jahre ununterbrochener Prosperität in Amerika und in Europa schaffen, weil dies den Plänen und Absichten des Allmächtigen Gottes zuwiderliefe.“

Also Arbeitslosigkeit, nicht Vollbeschäftigung, ist eine der Methoden der kapitalistischen Reorganisation, weil nur durch die Intensivierung der Leistung einer kleinen Anzahl vollbeschäftigter Arbeiter die Gestehungskosten gesenkt werden können und die Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit den in Arbeit Befindlichen vorwärtstreibt zu einer letzten Anstrengung, gleichgültig, ob dieser bei der armseligen Ernährung, Bekleidung und Wohnung zu Grunde geht oder nicht. Ist es darum zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß diese Währungsreform zu einer Verschärfung der Verelendung der werktätigen Massen führt? Sowohl der sogenannte wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für die Wirtschaft in Frankfurt als auch die unzähligen Artikel in den Wirtschaftszeitungen und Blättern der Unternehmer wiesen auf die Notwendigkeit und die Funktion der Arbeitslosenheere auch in der gelenkten Marktwirtschaft hin. Wir fordern diesen Absichten der Unternehmer gegenüber ein ausdrückliches Verbot von Entlassungen und Betriebseinschränkungen (Abg. Schüttler: Man erzählt, Sie hätten Ihren Chauffeur entlassen!). Ja; weil ich kein Auto mehr habe.

Professor Walter Eucken an der Universität Freiburg erklärt in der Wirtschaftszeitung vom 11. Juni 1948 ganz offen: „Bleiben die staatlichen Preisbindungen, so ist die Währung ein Schlag ins Wasser. Währungsreform und Beseitigung des zentralen Bewirtschaftungs- und Preisfixierungssystems gehören zusammen. Selbst bei den Lebensmitteln, auch bei Kartoffeln und Brot, soll nur einer mengenmäßigen Rationierung stattgegeben werden, die Preise jedoch sollen sich im freien Spiel von Angebot und Nachfrage regeln.“

In der Nacht vor der Verkündung der Währungsreform ließ sich der Direktor des Frankfurter Wirtschaftsrates mit den 50 Stimmen der CDU und der Demokratischen Partei gegen 31 Stimmen der KP und SPD durch ein Gesetz Vollmacht erteilen, die Freigabe aus der Bewirtschaftung und die Preisgestaltung von sich aus zu beschließen. Der Bericht darüber behauptet, dieses Gesetz bedeute „die Rückkehr zur Freiheit des Menschen“. Deutlicher konnte nicht bewiesen werden, was hinter dem Geschwätz von der angeblichen Bedrohung der Freiheit und Persönlichkeit durch die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eigentlich steckt. Der Wirtschaftsrat billigte außerdem die Erhöhung der Preise für Strom und Gas, weil die bereits vollzogene Erhöhung der Preise für die Grundstoffe, für Kohle und Eisen, eine Tatsache sei. Wir ersehen daraus, was wir von der Versicherung der

Währungsproklamation zu halten haben, „die Preise würden von der Währungsreform nicht berührt“.

Die Kommunistische Partei schlägt darum vor, der Badische Landtag möge in einem besonderen Gesetz bestimmen, daß nach der Währungsreform die Preise nicht erhöht und weiterhin durch staatliche Organe kontrolliert werden. Da aber selbst die heutigen Preise längst überhöht sind – 1 Liter Milch kostet z. B. 20 Pfennige, wovon der Bauer allerdings nur 18 Pfennige erhält –, fordern wir nicht nur die Auszahlung der Löhne in der bisherigen Höhe, sondern eine sofortige Lohnerhöhung um 30%, um die arbeitende Bevölkerung in den Stand zu setzen, die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu kaufen.

Die Gesundung unserer Wirtschaft (Abg. Dichtel: Unter Führung Rußlands!) Nein, unter Ihrer (Heftiges Durcheinanderrufen!) Sie glauben gar nicht, wie mich das freut, wenn so diese ganze Welle des Widerstandes heranbrandet (Glocke des Präsidenten, Präsident: Es entsteht Unruhe im Zuhörerraum, und ich mache darauf aufmerksam, daß bei Unruhen der Saal durch die Polizei geräumt werden müßte (Unverständlicher Zuruf von links). Hat der Zwischenrufer den Mut, sich zu melden (Meldung der Frau Abg. Seifried, Ordnungsverweis des Präsidenten, Frau Abg. Seifried: Danke schön!)? Ich erteile Ihnen den zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam; daß Sie bei dreimaligem Ordnungsruf den Saal zu verlassen haben.) Die Gesundung unserer Wirtschaft setzt die Einordnung Deutschlands in die Weltwirtschaft voraus, den freien Import und Export, denn wir brauchen von außen Rohstoffe und Lebensmittel, die nur durch einen ausreichenden Absatz hochwertiger Fertigprodukte bezahlt werden können. Der Marshallplan aber sieht das Verfügungsrecht der amerikanischen Kapitalisten und ihrer Nutznießer über den einzigen Rohstoff, über den wir in größerem Ausmaß verfügen, die Kohlen aus dem Ruhrgebiet, vor. Er zentralisiert den Außenhandel durch die von Amerikanern geführte Monopolorganisation der JEIA (Joint Export Import Agency) in Frankfurt, der nun auch der Office-Max eingeordnet werden soll. Er schnürt durch die Binnenwährung der neuen Deutschen Mark dem deutschen Außenhandel die Kehle zu und verschließt dadurch praktisch der deutschen Wirtschaft die Einordnung in den freien internationalen Kapitalmarkt. Wie also soll die durch die westliche Währungsreform eingeleitete kapitalistische Reorganisation die Gesundung unseres Wirtschaftslebens erreichen?

Und ein letzter Einwand gegen die gelenkte freie Marktwirtschaft nach der Währungsreform: Sie wäre nur möglich, wenn die Betriebe über genügend flüssige Mittel, über ausreichendes Betriebskapital, verfügen. Woher aber sollen nach der Durchführung der Währungsreform diese Mittel kommen? An eine ausreichende und schnelle Sparkapitalbildung ist in Deutschland überhaupt nicht zu denken, genau so wenig an Staatskredite aus Steuermitteln. Die eigenen Reserven werden bald aufgebraucht sein, es bleibt also nur noch die Hereinnahme ausländischen Kapitals,

die Marshallkredite und private Beteiligung ausländischer Kapitalisten, mit anderen Worten die Auslieferung unserer deutschen Wirtschaft an das ausländische Kapital, die Erniedrigung unseres Volkes zu einem Kolonialvolk der amerikanischen Monopolherren und ihrer Verbündeten. Es macht dabei gar keinen Unterschied, daß die sogenannte „Bank deutscher Länder“ oder die Landeszentralbanken, die ihr angeschlossen sind, oder die neu gegründete Finanzierungs-AG. in Speyer für die französische Zone als Institute zur Lenkung der Investitionen dieser Kredite eingesetzt werden. Auch der aus je 10 Millionen der drei Länder der französischen Zone gewobene deutsche Kapitalschleier kann diese Tatsache der Auslieferung der deutschen Wirtschaft an das Ausland nicht verdecken. Es ist also keine Übertreibung, wenn wir feststellen, daß diese Währungsreform der Anfang eines unvorstellbaren Massenelends für die arbeitende Bevölkerung ist und ein absolut untragbarer Versuch, die Katastrophe unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu meistern. Wir sind überzeugt, daß die Auswirkungen dieses grausamen Experiments auch die sehend machen wird, die unseren Warnungen bisher nicht geglaubt haben.

Wir lehnen jede Verantwortung für diese Währungsreform ab und werden nicht nachlassen, unserem Volke klarzumachen, daß die Parteien an der sich bereits abzeichnenden furchtbaren Lage schuld sind, die der Errichtung eines Weststaates, der Aufteilung Deutschlands, der Verwirklichung des Marshallplanes und damit der wirtschaftlichen Versklavung Vorschub geleistet haben.

Die kommunistische Gruppe schlägt deswegen die Abgabe folgender Erklärungen durch den Badischen Landtag vor:

1. Erklärung des Badischen Landtags zur Londoner Sechsmächtekonferenz:

Die Abgeordneten des Badischen Landtags lehnen **(S. 18)** die in den Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz vorgeschlagene Errichtung eines westdeutschen Staates ab.

Sie erwarten und wünschen die Verwirklichung der unserem Volke in den Potsdamer Beschlüssen zugesagten politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Darum fordern sie die Aufhebung der Zonengrenzen, allgemeine, direkte, freie Wahlen eines gesamtdeutschen verfassungsgebenden Parlaments, die Errichtung der selbständigen, unteilbaren deutschen demokratischen Republik und eine für ganz Deutschland verantwortliche Regierung.

Die Loslösung des Ruhrgebietes aus der deutschen Wirtschaft und das in London geforderte Verfügungsrecht einer internationalen Kontrollbehörde über die Ruhrproduktion würde die ewige wirtschaftliche Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat fremder Mächte bedeuten.

Der Badische Landtag lehnt darum die Auslieferung des Ruhrgebietes an interessierte ausländische Kapitalistengruppen ab, er fordert die Überführung der Ruhrindustrie unter die verantwortliche Verwaltung des deutschen Volkes, die von alliierten Kontrollorganen überwacht werden soll.

Drei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation erwartet das deutsche Volk die Aufnahme von Verhandlungen mit den Alliierten zum Abschluß eines endgültigen Friedens, die Abrechnung seiner bisherigen Leistungen durch die Alliierten, die Festlegung des Umfangs und des Zeitraums für die noch zu leistenden Reparationen, eine angemessene Gutschrift der unserer Wirtschaft entnommenen Werkeinrichtungen und Maschinen, den Verzicht der Alliierten auf die Entnahme der in unserem Land erzeugten Lebensmittel, die Unterbindung aller unkontrollierten Marktkäufe durch ausländische Agenten und Handelsgesellschaften.

Der baldigst ersehnte Friedensschluß wird die militärische Besetzung Deutschlands unnötig machen und die Ablösung der Besatzungstruppen durch eine zivile Kontrollbehörde der Alliierten zur Überwachung der Friedensbedingungen ermöglichen.

Der Badische Landtag weiß sich in diesem Streben nach der Einheit unseres Vaterlandes, nach einem gesamtdeutschen Parlament und einer für ganz Deutschland zuständigen Regierung, in seinem Verlangen nach einem endgültigen Frieden und dem Ende der militärischen Besetzung einig mit der überwältigenden Mehrheit der badischen Bevölkerung.

Er beauftragt darum seine Regierung, den Herrn Staatspräsidenten, die Meinung der badischen Bevölkerung in diesem Sinne bei allen Verhandlungen zu vertreten.

2. Erklärung des Badischen Landtags zur Währungsreform:

Der Badische Landtag bedauert die Proklamierung einer westdeutschen Währungsreform, durch die Deutschland in zwei Teile gespalten wird. Er ist der Ansicht, daß nur durch eine gerechte und soziale Währungsreform für ganz Deutschland die Voraussetzung zu einer Gesundung unserer Wirtschaft geschaffen werden könne. Im Einzelnen fordern die Abgeordneten des Badischen Landtags folgende Maßnahmen im Zuge der Währungsreform:

1. Das sogenannte Kopfgeld darf bei der Auszahlung der Sparguthaben nicht in Anrechnung gebracht werden.
2. An die Lohn- und Gehaltsempfänger ist zur Überbrückung des Notstandes sofort ein zusätzlicher Wochenlohn bzw. ein Viertel der Monatsgehälter unter 300,- Mark ausbezahlen.
3. Die Renten und Pensionen bis zu 300,- Mark, die Unterstützungen und Beihilfen müssen sofort in voller Höhe in neuem Geld ausbezahlt werden.

4. Alle Sparguthaben bis zu 10,000,- Mark werden im Verhältnis 1:1 ausbezahlt oder gutgeschrieben.
5. Alle Bank- und Barguthaben über 10.000,- Mark neues Geld werden zur Sicherung des Lastenausgleichs gesperrt.
6. Die Regierung legt dem Landtag sofort ein Gesetz vor zur Bestandsaufnahme aller Sachwerte über 10.000,- Mark.
7. Alle seit 1939 erworbenen Vermögen über 10.000,- Mark werden auf ihre Herkunft überprüft. Die Vermögen der Kriegsgewinnler, Spekulanten, Schieber und Schwarzhändler werden restlos annulliert.
8. Betriebsstilllegungen, Betriebseingrenzungen und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten im Zuge der Währungsreform sind durch Gesetz ausdrücklich zu verbieten.
9. Lohnsenkungen sind untersagt. Zum Ausgleich der überhöhten Preise ist eine Lohnerhöhung für die Arbeiter und Angestellten mit einem Monatsgehalt bis zu 300,- Mark durchzuführen.
10. Die überhöhten Preise für Lebensmittel und Bedarfsgenstände sind neu festzusetzen. Der Preisstopp und die staatliche Überwachung der Preise bleiben im Übrigen bestehen.
11. Die Hortung von Waren- und Lebensmittelvorräten wird unnachsichtig bestraft. Verheimlichte Warenlager werden beschlagnahmt.
12. Der Staat muß den Kreisen und Gemeinden ausreichende Kredite für die öffentliche Arbeitsbeschaffung, vor allem beim Wiederaufbau, zur Verfügung stellen.

In: Verhandlungen des Badischen Landtages am 22. Juni 1948, 23. Sitzung, S. 13-18.